

Merkblatt für Produzent*innen zur Einreichung von Förderanträgen im Bereich Produktionsförderung

Stand: 27.06.2022

Die MFG empfiehlt vor Antragseinreichung ein projektbezogenes Beratungsgespräch mit dem/der jeweils zuständigen Ansprechpartner*in. Dies kann ggf. auch telefonisch erfolgen. Bei Erstanträgen und/oder komplexeren Sachverhalten hält die MFG einen persönlichen Beratungstermin spätestens 14 Tage vor Ablauf der Antragsfrist für sinnvoll und notwendig.

Gefördert werden nur Maßnahmen, die den kulturellen und wirtschaftlichen Förderzielen gemäß Ziff. 2.1 der MFG Vergabeordnung für die baden-württembergische Filmförderung (VO) in der zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Fassung entsprechen: Diese finden Sie zum Download auf <https://film.mfg.de/foerderung/produktion/>.

Maßstäbe für die kulturelle Qualität sind unter anderem die inhaltliche, historische, zeitgeschichtliche, schöpferische, soziale oder gesellschaftliche Relevanz des Stoffes, die erzählerische und sprachliche Ausgestaltung des Drehbuchs oder Treatments und der Dialoge, die inhaltliche Ausgestaltung der Drehvorlage, die zu erwartende gestalterische und visuelle Umsetzung des Werkes sowie die Kompetenz der beteiligten Filmkünstler*innen vor allem in den Bereichen Regie, Schauspiel, Animation, (virtuelle) Bildgestaltung, Schnitt, Szenographie, Ausstattung und Musik.

Nicht gefördert werden können Maßnahmen, die ein Projekt erwarten lassen, das gegen die Verfassung oder gegen Gesetze verstößt. Nicht gefördert werden außerdem Industrie-, Werbe- oder Imagefilme o.ä. Projekte.

Für die rechtsverbindliche Antragstellung gelten mit sofortiger Wirkung folgende Bestimmungen: Die digitalen Antragsdaten müssen spätestens **am letzten Tag der jeweiligen Einreichfrist bis spätestens 24:00 Uhr im Online Portal der MFG eingehen**. Entscheidend dabei ist der vom Online Portal protokollierte Zeitpunkt (Datum und Uhrzeit).

Zusätzlich muss der MFG ein **ausgedrucktes Antragsformular mit der Originalunterschrift des/der Zeichnungsberechtigten bis spätestens fünf Werktagen nach der jeweiligen Einreichfrist** zugegangen sein.

Ihre Antragsunterlagen können nur bearbeitet werden, wenn sie der MFG fristgerecht und vollständig vorgelegt werden. Gehen die Antragsdaten nach 24:00 Uhr des jeweiligen letzten Tages der Einreichfrist im Onlineportal der MFG ein oder ist die Zustellung des unterzeichneten Antragsformulars nach fünf Werktagen bei der MFG nicht erfolgt, kann der Antrag dem Vergabegremium nicht zur Entscheidung vorgelegt werden und gilt als nicht gestellt. Soll der Antrag in einer späteren Sitzung beraten werden, muss der Antrag erneut form- und fristgerecht eingereicht werden. Nachreichungen an die Juror*innen sind nach Ablauf der Antragsfrist leider nicht mehr möglich. Ungeachtet dessen ist die MFG über alle wesentlichen Veränderungen des Projektes nach Antragstellung unter Beifügung der relevanten Unterlagen zu informieren (via Änderungsantrag über das Antragsportal oder im Ausnahmefall per E-Mail).

Einreichtermine, Formulare und Vergabeordnung

Einreichtermine sowie die aktuelle VO befinden sich zum Download auf film.mfg.de.

Bitte machen Sie sich vor Antragstellung mit der Vergabeordnung vertraut.

Mit den Dreharbeiten darf nicht vor Einreichung des Förderantrages begonnen worden sein.

In begründeten Fällen kann die MFG Ausnahmen zulassen, wenn zumindest ein vorläufiger Antrag vorliegt. Bitte lassen Sie uns hierfür das ausgefüllte Antragsformular und mindestens Angaben zur Größe des Antragstellers (Anzahl fester/freier/befristet Beschäftigter mit Angabe der Wochenarbeitsstunden, Umsatz und Gewinn des letzten vollständigen Geschäftsjahres), Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Beginns und des Abschlusses, Standort des Vorhabens, die Kosten des Vorhabens und Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung und zusätzlich die Anlagen, soweit vorhanden, zukommen. Bitte begründen Sie, warum der Antrag zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollständig mit allen Anlagen gestellt werden kann. Alle noch fehlenden Anlagen sind unverzüglich nachzureichen; liegen diese nicht mindestens 4 Wochen vor dem Termin der nächsten Jurysitzung vor, behält sich die MFG vor, Ihren Antrag aus formalen Gründen abzulehnen.

Antragsunterlagen

Das Antragsformular ist an den **fünf** vorgesehenen **Stellen** von einer/den **vertretungsberechtigten Person/en** rechtsverbindlich zu unterschreiben und mit dem Firmenstempel zu versehen. Die Vertretungsberechtigung ist durch einen aktuellen Auszug des Handelsregisters oder anhand anderweitiger Unterlagen nachzuweisen.

Das Drehbuch und alle sonstigen Anlagen sind grundsätzlich in deutscher Sprache vorzulegen; bei internationalen Projekten ist neben der deutschen Fassung zusätzlich die Originalfassung vorzulegen. Originalunterlagen, die nicht in deutscher oder englischer Sprache verfasst wurden, sind dem Antrag in deutscher oder englischer Übersetzung beizulegen. Für auf dies zutreffende Verträge sind im Förderungsfall beglaubigte Übersetzungen eines vereidigten Übersetzungsbüros vorzulegen.

Mit Ihrer Unterschrift auf dem Antragsformular stimmen Sie zu, dass Ihre Antragsunterlagen Eigentum der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH werden und auch im Fall der Nichtförderung **keine Rücksendung der Antragsunterlagen** nebst Anlagen erfolgt. Dies gilt auch für mit übersandte CDs, DVDs, USB-Sticks etc. Die Unterlagen werden nach der Förderentscheidung fachgerecht entsorgt.

Kalkulation

Die Kalkulation muss alle zur Produktion notwendigen Kostenpositionen enthalten, auch wenn diese in Form von Eigenleistungen, Beistellungen, Rückstellungen o.Ä. erbracht werden.

Eigenleistungen, Beistellungen, Rückstellungen (eigene und solche Dritter) o.Ä. müssen als solche in der Kalkulation kenntlich gemacht werden.

Bei internationalen Koproduktionen ist die Kalkulation hinsichtlich der auf die deutschen und der auf die weiteren Koproduzenten entfallenden Kosten aufzugliedern.

Alle Beträge in der Kalkulation müssen (auch) in EUR ausgewiesen sein.

Sollten sich im Zeitraum zwischen Antragstellung und Gremiumsentscheidung Änderungen in Bezug auf die Herstellungskosten (oder deren Zuweisung auf die einzelnen Koproduzent*innen) Ihres Projektes ergeben, so bittet die MFG darum, hierüber umgehend schriftlich unter Beifügung der zugehörigen Unterlagen informiert zu werden.

Die Kosten müssen netto, d.h. ohne Mehrwertsteuer angesetzt sein. Sofern Sie nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt sind, kann eine Bruttokalkulation, d.h. mit Mehrwertsteuer vorgelegt werden. In diesem Fall ist eine entsprechende Bestätigung Ihres Steuerberaters oder Finanzamtes vorzulegen.

Bei **Kinofilmen** müssen die Kosten zur Herstellung einer vorführfähigen Kopie und ggf. einer Archivkopie in der Kalkulation enthalten sein. Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, beim Bundesarchiv eine technisch einwandfreie Belegkopie zu hinterlegen. Die Informationen und Vorgabe des Bundesarchivs zur Einreichung der Belegkopien und des korrekten digitalen Formats sind unter www.bundesarchiv.de erhältlich und einzuhalten.

Animationsfilme und Filme mit hohem VFX-Anteil

Bei Animationsfilmen und Filmen mit hohem VFX-Anteil ist in der Kalkulation eine detaillierte Aufstellung/Kalkulation der jeweiligen Arbeitsfelder (z.B. Modeling, Texturing, Rigging, Shading, Rendering, Compositing, Mattepainting, Fluids usw.) sowie eine dezidierte Darlegung, welche Arbeitsfelder von welchem Animationsstudio bzw. VFX-Dienstleister in welchem Zeitraum realisiert werden sollen und die dazugehörige ausgefüllte „Selbstauskunft Projektkonfiguration“ (Vorlage steht zum Download auf film.mfg.de bereit) vorzunehmen und vorzulegen.

Handlungskosten:

Im Rahmen der Grundsätze sparsamer Wirtschaftsführung können bei der Produktion von programmfüllenden Filmen die Handlungskosten des*der Produzenten*in in Anwendung der Bestimmungen des FFG und der dazu erlassenen Rechtsvorschriften (Richtlinien) anerkannt werden. Diese liegen aktuell bis zu einer Kostenhöhe

- von € 5.000.000,00 der Fertigungskosten bei 10 % der Fertigungskosten,
- ab € 5.000.000,01 der Fertigungskosten bei 5 % der Fertigungskosten. Die Handlungskosten sind bei € 650.000,00 gedeckelt.

Bei internationalen Koproduktionen ist als Berechnungsgrundlage der deutsche Finanzierungsanteil (DFA) an den Gesamtherstellungskosten (GHK) heranzuziehen.

Bei Fernsehfilmen und -serien und VoD-Filmen und -Serien werden Handlungskosten von bis zu 6% auf die Fertigungskosten anerkannt.

Überschreitungsreserve:

Bei Kinofilmen und VoD-Filmen und -Serien (soweit der beteiligte Sender bzw. die beteiligte VoD-Plattform dies akzeptiert) kann eine Überschreitungsreserve von bis zu 8% der Fertigungskosten kalkuliert werden.

Produzent*innenhonorar/Gewinn:

Bei Kinofilmen und VoD-Filmen und -Serien (soweit der beteiligte Sender bzw. die beteiligte VoD-Plattform dies akzeptiert) mit Herstellungskosten bis € 300.000 wird ein Produzent*innenhonorar von bis zu € 15.000, bei Herstellungskosten zwischen € 300.000,01 und € 500.000 von bis zu € 25.000 anerkannt. Bei Herstellungskosten ab € 500.000,01 wird ein Produzent*innenhonorar von bis zu 5% der Herstellungskosten (ohne Ansatz des Produzent*innenhonorars), max. aber € 250.000,00 anerkannt.

Empfänger des Produzent*innenhonorars ist die bzw. sind die natürliche(n) Person(en), der bzw. denen die auf die Herstellung des Films bezogenen kreativen Aufgaben der Produzent*in obliegt/en.

Bei internationalen Koproduktionen ist als Berechnungsgrundlage der DFA heranzuziehen.

Bei Kinofilmen darf kein Gewinn angesetzt werden.

Bei Fernsehfilmen und -serien kann kein Produzent*innenhonorar, dafür aber neben den Handlungskosten von bis zu 6 %, ein Gewinn von bis zu 7,5% auf die Summe von Fertigungskosten und Handlungskosten angesetzt werden. Bei VoD-Filmen und -Serien kann (soweit der beteiligte Sender bzw. die beteiligte VoD-Plattform dies akzeptiert) ein Gewinn in gleicher Höhe angesetzt werden.

Bearbeitungsgebühren:

Die Bearbeitungsgebühr der PwC muss als **Teil der Gesamtherstellungskosten** in der Kalkulation enthalten sein. Bitte beachten Sie, dass zu den hier genannten Prüfgebühren noch die **gesetzliche Mehrwertsteuer** hinzukommt.

Förderbereich	Fördersumme	Bearbeitungsgebühr
Produktionsförderung	bis € 10.000	pauschal € 250
Produktionsförderung	über € 10.000 bis € 25.000	pauschal € 1.000
Produktionsförderung	über € 25.000 bis € 50.000	pauschal € 1.500
Produktionsförderung	über € 50.000 bis € 600.000	3% der Fördersumme
Produktionsförderung	über € 600.000	18.000,00 EUR (3 % aus 600.000,00 EUR) zuzüglich 2 % des 600.000,00 EUR übersteigenden Betrages der Fördersumme

Baden-Württemberg-Effekt:

Mindestens 120% des gewährten Darlehensbetrages soll in Baden-Württemberg in filmrelevanten Bereichen ausgegeben werden (qualifizierter Baden-Württemberg-Effekt). Die in Baden-Württemberg anfallenden Ausgaben müssen analog zur Gesamtkalkulation in Einzelpositionen und in EUR ausgewiesen sein. Hinweise zur Anerkennungsfähigkeit von Kosten im Rahmen des qualifizierten Baden-Württemberg-Effekts finden Sie im zugehörigen Merkblatt (Download unter film.mfg.de). Wird im Förderantrag ein höherer Baden-Württemberg-Effekt angegeben, muss dieser auch tatsächlich erbracht werden.

Bitte beachten Sie, dass Ihre Angaben zum Baden-Württemberg Effekt auch hinsichtlich der einzelnen Positionen (z.B.: Animations- und/oder VFX- oder sonstigen filmrelevanten Dienstleistungen) von der MFG als verbindlich festgelegt werden können, auch wenn der Antragssumme nicht in beantragter Höhe entsprochen wird.

Hessen-Effekt

Im Rahmen der Kooperation mit dem Land Hessen kann der Baden-Württemberg-Effekt bis zu einem Betrag, der max. 25 % der MFG-Fördersumme entspricht, durch in Hessen anfallende filmspezifische Ausgaben erbracht werden. Die in Hessen anfallenden Ausgaben müssen in der Antragskalkulation neben den in Baden-Württemberg anfallenden Kosten ebenfalls in Einzelpositionen ausgewiesen sein. Der beantragte Hessen-Effekt wird im Falle einer positiven Förderentscheidung Bestandteil des Fördervertrages. Eine nachträgliche Anerkennung kann in der Regel nicht erfolgen.

Mitfinanzierungsquote

Ein gewährtes Darlehen soll

- a) bei Kinofilmen 50%
- b) bei TV-/VoD-Filmen oder -Serien und innovativen Erzählformen 30%

der anerkennungsfähigen Gesamtkosten bzw. bei internationalen Koproduktionen des deutschen Finanzierungsanteils nicht übersteigen. Im Nachwuchsbereich sind höhere Förderquoten möglich.

Ungeachtet dessen gelten Höchstgrenzen für alle für das Projekt gewährten Beihilfen gemäß Ziffer 2.9 und 4.1.5 der MFG Vergabeordnung.

Eigenanteil

Der/die Produzent*in hat bei der Finanzierung einen angemessenen Eigenanteil zu tragen. Dieser soll auch bei kleineren Projekten 5% der anerkennungsfähigen GHK bzw. bei internationalen Koproduktionen 5% des DFA nicht unterschreiten. Ausnahmen hiervon können insbesondere bei Nachwuchsprojekten gewährt werden.

Der Eigenanteil kann finanziert werden durch **Eigenmittel, unbedingt rückzahlbare Darlehen, Eigenleistungen** der deutschen Hersteller oder durch Gegenleistungen für Lizenzvoraberteilungen wie Verleih- oder Vertriebsgarantien oder Lizenz(vorab)verkäufe.

Finanzierungsplan

Der Finanzierungsplan muss die Summe der kalkulierten Gesamtherstellungskosten exakt abdecken.

Alle Beträge im Finanzierungsplan müssen (auch) in EUR ausgewiesen sein.

Bei internationalen Koproduktionen ist der Finanzierungsplan hinsichtlich der auf die deutschen und der auf die weiteren Koproduzenten entfallenden Finanzierungsbestandteile aufzugliedern.

Weitere beabsichtigte, beantragte oder bewilligte Finanzierungsanteile (Förderungen anderer Institutionen, Eigenmittel, Eigenleistungen, Koproduktionsanteile, Lizenzanteile, Verleih- oder Vertriebsgarantien, Sponsoring etc.) müssen vollständig angegeben werden.

Auch alle Rück- und Beistellungen sind im Finanzierungsplan unter Benennung der diese einbringenden juristischen oder natürlichen Person/en aufzuführen.

Bitte erklären Sie **zu jeder Position** im Finanzierungsplan den **aktuellen Stand der Verhandlungen**.

Finanzierungsnachweise

Vorhandene Finanzierungsverträge müssen der MFG bereits bei Antragstellung vorgelegt werden. Im Übrigen sind zu jeder Finanzierungsposition sonstige geeignete Unterlagen (Vertragsentwürfe, Deal Memos, Letter of Intent usw.) beizufügen. Sollten sich im Zeitraum zwischen Antragstellung und Gremiumsentscheidung Änderungen in Bezug auf die Finanzierung Ihres Projektes ergeben, so ist hierüber umgehend schriftlich unter Beifügung der zugehörigen Unterlagen zu informieren. Gleiches gilt für Zusagen und Änderungen in den Koproduktionsverhältnissen.

Bei Finanzierungsbeteiligung eines Fernsehsenders oder eines VoD-Plattformbetreibers sind geeignete Nachweise (Vertrag, Eckpunktepapiere, Deal Memo, Letter of Intent bzw. verbindliches Schreiben des Senders) über die Dauer und den Umfang der übertragenen Lizenz- und Nutzungsrechte sowie über die Art der Finanzierungsbeteiligung (Koproduktion und/oder Lizenzerwerb).

Bitte achten Sie bei sämtlichen Auswertungsverträgen auf die Einhaltung der zulässigen Sperrfristen und Lizenzlaufzeiten gemäß den Bestimmungen des FFG nebst zugehörigen Rechtsvorschriften in der zum Zeitpunkt der Förderentscheidung jeweils gültigen Fassung sowie auf eine angemessene Rechteverteilung.

Auswertungskonzept

Hier erwartet die MFG eine Darstellung der Zielgruppe, die Ihr Film erreichen soll sowie ein Konzept zur Umsetzung der Auswertung, sofern vorhanden unter Beifügung entsprechender Verträge und/oder Konzepte von potentiellen Partnern oder Dritten.

Recoupmentplan

Bitte legen Sie eine Erlösvorschau mit Darstellung der Verteilung von erwarteten Erlösen vor.

Das Darlehen ist aus den in- und ausländischen Verwertungserlösen des geförderten Films bzw. der geförderten Serie zu tilgen. Nach vorrangiger Rückführung des anerkannten Produzentenvorrangs sind für die Tilgung des Darlehens in der Regel 50% der dem/der Fördernehmer*in aus der Verwertung zufließenden Erlöse zu verwenden. Es gilt der im Fördervertrag festgelegte Vorrang.

Sind an der Finanzierung andere deutsche Förderinstitutionen beteiligt, kann die Rückzahlung entsprechend anteilig vereinbart werden. Die Rückzahlungspflicht endet nach vollständiger Rückzahlung des Darlehens, spätestens jedoch 5 Jahre nach Kinostart bzw. Beginn der Erstverwertung in Deutschland.

Erfolgsdarlehen

Der/die Produzent*in kann innerhalb einer im Fördervertrag festgelegten Frist die zurückgezahlten Beträge als Erfolgsdarlehen gemäß Ziffer 4.1.12 der Vergabeordnung für die Vorbereitung oder Produktion eines neuen Film- oder Serienprojekts nach Maßgabe der Regelungen der dann aktuell gültigen Vergabeordnung MFG beantragen. Die Entscheidung über die Zuerkennung der Erfolgsdarlehen erfolgt durch die Geschäftsführung der MFG. Anträge auf Zuerkennung von Erfolgsdarlehen können grundsätzlich ganzjährig gestellt werden.

Soziale Nachhaltigkeit

Für die MFG sind eine sozial nachhaltige Produktionsweise, eine faire Bezahlung und die Einhaltung von sozialen Standards von wesentlicher Bedeutung. Die Kalkulation soll insofern angemessen sein.

Aus den eingereichten Unterlagen soll hervorgehen, ob eine Tarifgebundenheit besteht oder ob analog tarifvertragliche Regelungen eingehalten oder ob sonstige Maßnahmen ergriffen werden, damit die o.g. Maßstäbe für die auf Produktionsdauer Beschäftigten zur Anwendung kommen.

Sollte ein Filmvorhaben aufgrund bestimmter künstlerischer, formaler oder sonstiger Besonderheiten nur in anderer Form als vorstehend ausgeführt zu realisieren oder unter Einbringung von Rück- und Beistellungen zu finanzieren sein, soll dies entsprechend begründet werden. Zurück- und beigestellte Kostenpositionen sind in der Kalkulation und im Finanzierungsplan aufzuführen. Es steht der Jury frei, Filmvorhaben, deren Realisierung nur

unter prekären Bedingungen für die Beschäftigten möglich ist, aus diesen Gründen abzulehnen.

Die MFG bittet um eine entsprechende Auskunft zur sozialen Nachhaltigkeit in Form einer Anlage.

Ökologische Mindeststandards als Fördervoraussetzung

Für die MFG ist eine ressourcenschonende Produktionsmethode der Filmherstellung von großer Bedeutung. Die bei Filmproduktionen verursachten Emissionen sollen zukünftig deutlich reduziert werden. Maßnahmen zur Umsetzung finden Sie auf unserer Website (<https://greenshooting.mfg.de>). Es steht der Jury frei, Filmvorhaben, deren Realisierung mit unverhältnismäßig hoher Umweltbelastung verbunden ist, aus diesen Gründen abzulehnen.

Die MFG hat die Selbstverpflichtung zur Einhaltung der „Ökologischen Mindeststandards“ mit dem Label „green motion“ (<https://www.oekologische-mindeststandards-greenmotion.de/das-label-green-motion>) unterzeichnet.

Voraussetzung für eine Förderung durch die MFG ist daher zwingend, dass die Herstellung des geförderten Filmprojekts unter Einhaltung der Regelungen und Bestimmungen der „Ökologischen Mindeststandards für deutsche Kino-, TV- und Online-/VoD-Produktionen“ (nachfolgend „ÖMS“ genannt) in der zum Zeitpunkt des Abschlusses des Fördervertrages aktuell gültigen Fassung erfolgen muss. Die derzeit aktuelle Fassung finden Sie unter <https://www.oekologische-mindeststandards-greenmotion.de/oekologische-mindeststandards>.

Die ÖMS gelten dabei für alle Produktions-Phasen von der Preproduction bis zur Postproduction und für alle Produktionsteile, die in Deutschland realisiert werden, unabhängig davon, ob das/die Produktionsunternehmen in Deutschland oder im Ausland angesiedelt ist.

Mit Antragsstellung ist als Bestandteil des Förderantrags eine diesbezügliche Verpflichtungserklärung abzugeben.

In Abweichung von den Bestimmungen der ÖMS besteht ggü. der MFG ohne Ausnahmemöglichkeit die Verpflichtung,

- mit dem Förderantrag ohne Ausnahmemöglichkeit eine CO₂-Soll-Bilanz (Plandaten) vorzulegen,
- mit dem allgemeinen Abschlussbericht eine detaillierte Erfassung der Daten der tatsächlich angefallenen CO₂-Emissionen als Soll/Ist-Vergleich zu den bei Stellung des Förderantrags vorgelegten Plandaten zur CO₂-Bilanzierung vorzulegen,
- jeweils den CO₂-Rechner der MFG zu verwenden. Die Erfassung kann alternativ auch in Kalkulationsprogrammen wie Sesam erfolgen, sofern diese nachweislich eine im Ergebnis vergleichbare Berechnung durchführen können und bei geförderten Filmproduktionen den aktuellen Vorgaben des Filmfördergesetzes entsprechen, und
- eine/n Green Consultant zu beschäftigen.

Spätestens zwei Monate nach Fertigstellung des geförderten Filmprojektes ist der Abschlussbericht vorzulegen. Hierzu ist das standardisierte Musterformular „allgemeiner Abschlussbericht“ (<https://www.oekologische-mindeststandards-greenmotion.de/abschlussbericht>) zu verwenden.

Die Beantragung des Labels „green motion“ ist vor Beendigung der Postproduktion in Ausnahmefällen möglich; hierzu siehe nachstehend die Erläuterungen zum Label „green motion“.

Ist entsprechend den Regularien zu den ÖMS der Abschlussbericht ggü. der MFG zu führen, ist hierfür die von der MFG beauftragte Prüfungsgesellschaft zuständig. Zur Prüfung der Einhaltung der vorstehenden Bedingungen sind geeignete Dokumente, Unterlagen und Fotos gemeinsam mit dem Prüfbericht vorzulegen; eine Übersicht hierzu finden Sie in den Vorgaben „Anforderungsliste PwC Allgemeiner Abschlussbericht“ (<https://www.oekologische-mindeststandards-greenmotion.de/abschlussbericht>). Auf Anforderung der Prüfungsgesellschaft sind ggf. weitere und/oder zusätzliche Nachweise vorzulegen.

Die MFG behält sich vor, bei Nichteinhaltung des Maßnahmenkatalogs (ganz oder teilweise) eine angemessene Kürzung der Förderung vorzunehmen.

Einzelheiten zu den vorstehenden Bedingungen ergeben sich aus den Bestimmungen des Fördervertrages.

Voraussetzungen zur Vergabe des Labels „green motion“

Bei Produktionen mit einem Auslandsanteil von weniger als 25 % der Gesamtherstellungskosten erfolgt die Vergabe des Labels green motion nach Prüfung der Einhaltung der ökologischen Mindeststandards grundsätzlich im Rahmen des o.a. regulären Förderprozesses. Bei Produktionen mit einem Auslandsanteil von mehr als 25 % der Gesamtherstellungskosten – und nur wenn die Verwendung des Labels green motion beantragt wird – muss zusätzlich zum obligatorischen allgemeinen Abschlussbericht auch der Abschlussbericht Ausland ausgefüllt und eingereicht werden (<https://www.oekologische-mindeststandards-greenmotion.de/abschlussbericht>).

Spätestens zwei Monate nach Fertigstellung des geförderten Filmprojektes sind der allgemeine Abschlussbericht und der Abschlussbericht Ausland vorzulegen. Hierzu sind die standardisierten Musterformulare (<https://www.oekologische-mindeststandards-greenmotion.de/abschlussbericht>) zu verwenden.

Die Beantragung des Labels „green motion“ ist vor Beendigung der Postproduktion in Ausnahmefällen möglich, zum Beispiel, wenn das Label nur so bei der geplanten Erstauswertung verwendet werden kann. Alle übrigen Produktionsarbeiten müssen abgeschlossen sein. Bitte stellen Sie in einem solchen Fall rechtzeitig einen entsprechenden Antrag auf vorzeitige Abgabe der Abschlussberichte und der Berechnung der CO₂-Emissionen bei der MFG. Die Zustimmung der MFG ist erforderlich.

Für die Angaben zu den Muss-Vorgaben in den Abschlussberichten ergeben sich durch die vorzeitige Abgabe der Abschlussberichte keine Abweichungen, weil sich diese Muss-Vorgaben nicht auf die Postproduktion beziehen. Den Abschlussberichten ist aber, wenn die entsprechenden Muss-Vorgaben gem. Ziffer 2.1. und 2.2 der ÖMS eingehalten wurden, die Erfassung der geplanten und tatsächlichen CO₂-Emissionen beizufügen. Bei dieser Erfassung können in solchen Ausnahmefällen, bei denen die IST-Werte der Postproduktion noch nicht vorliegen, weiterhin die Plan-Werte der Postproduktion eingetragen werden.

Allgemeine Hinweise:

Bei den Fördermaßnahmen handelt es sich um staatliche Beihilfen. Bitte beachten Sie hierzu insbesondere die rechtlichen Grundlagen und Bestimmungen gemäß der VO.

Es wird darauf hingewiesen, dass Informationen über jede Einzelförderung von über 500.000 Euro auf einer ausführlichen Beihilfe-Website veröffentlicht werden.

Ansprechpartner*innen:

Dorothee Martin

martin@mfg.de

Telefon: 0711 907 15-403

Marian B. Metzner

metzner@mfg.de

Telefon: 0711 907 15-408

Maximilian Höhnle

hoehnle@mfg.de

Telefon: 0711 907 15-418

Anhang:

Liste der in der Antragsdatenbank hochzuladenen Anlagen

Liste der in der Antragsdatenbank hochzuladenen Anlagen:

- Beschreibung des Filmvorhabens (1 Seite)
- Drehplan
- Aktuelle/r Handelsregisterauszug bzw. Gewerbeanmeldung oder Nachweis über den ersten Wohnsitz
- Firmenprofil/Unternehmensstruktur
- Darlegung, warum und wie die beantragte Maßnahme den kulturellen und wirtschaftlichen Förderzielen gemäß Ziff. 1.3 und 2.1 der VO entspricht
- Recouplementplan
- Erklärung, ob bzw. welchen Institutionen das Filmvorhaben bereits vorlag (unter Angabe des Sachstands)
- Auskunft zur sozialen Nachhaltigkeit
- CO₂-Fußabdruck
- Stabliste
- Besetzungsliste
- Ausführliches Marketing- / Auswertungskonzept
- Darlegung, dass bei dem/der Antragsteller*in für die Verwertung der geförderten Maßnahme in angemessenen Umfang werthaltige Verwertungsrechte verbleiben
- Producers Note / Directors Note / Anschreiben
- Drehbuch (Spielfilm) / Treatment (Dokumentarfilm), ggf. Storyboard / Visualisierung (Animationsfilm)
- Nachweis der Rechte/Option an Stoff, Buch, Titel
- Kalkulation (pdf)
- Finanzierungsnachweise
- Finanzierungsplan
- Bio-/Filmographien
- ggf. weitere projektrelevante Unterlagen